

Eine Gedenkstätte von nationaler Bedeutung

Knapp 20 Jahre ließen Politik und Gesellschaft die ›Gedenkstätte Stalag 326‹ in Stukenbrock Senne links liegen. Das scheint sich zu ändern. Von Charlotte Weitekemper



Kriegsgefangene im Sommer 1941 vor Erdhöhlen. Die Erdhöhlen gruben sich die Gefangenen selber, um sich vor Wetter und Kälte zu schützen.

Kaum jemand weiß heute, dass sowjetische Kriegsgefangene die zweitgrößte Opfergruppe des Nationalsozialismus stellen. Mehr als 300.000 von ihnen waren im Stammlager 326 interniert, bis zu 70.000 starben. Die 36 Massengräber auf dem Ehrenfriedhof erinnern an sie. 1996 gründete sich der Förderverein ›Gedenkstätte Stalag 326 Senne‹, um das Leben und Sterben geschichtlich aufzuarbeiten.

Im ehemaligen Arrestgebäude des Lagers befinden sich heute eine Ausstellung sowie Büro und Archiv der Gedenkstätte. Das ›Entlausungsgebäude‹ nebenan wird für themenbezogene Lesungen, Workshops und Theateraufführungen genutzt. Rund 50.000 Menschen haben die Gedenkstätte seit ihrem Bestehen besucht. Zu verdanken ist dies dem Engagement der zumeist ehrenamtlichen Mitarbeitenden. Trotzdem fris-

tete die Gedenkstätte lange Zeit ein randständiges Dasein in der öffentlichen Wahrnehmung. Nicht zuletzt wegen fehlender finanzieller und politischer Unterstützung. Das könnte sich nun ändern.

Ende des Nischendaseins

Den ›entscheidenden Schubser‹, sagt Oliver Nickel, Leiter der Gedenkstätte, habe der damalige Bundespräsident Joachim Gauck gegeben. Im Mai 2015 hatte er den Ehrenfriedhof besucht und in seiner Rede dazu aufgerufen, ›das Schicksal der 5,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Erinnerungsschatten herauszuholen‹. Eine Rede mit Wirkung in den politischen Raum.

SPD und Grüne legten dem NRW-Landtag im November 2016 einen Antrag vor: Ziel sei es Erinnerungskultur und Gedenkstätten zu stärken. ›Mit dem Stalag 326 besteht die Möglichkeit, das Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem bisherigen Erinnerungsschatten herauszuholen.‹

Der Landtagspräsident André Kuper gründete daraufhin einen Lenkungskreis zum Ausbau einer Dokumentationsstätte von nationaler Bedeutung. In diesem vertreten: Parteien und Institutionen aus Stadt, Kreis und Land, daneben die Unis Bielefeld und Paderborn sowie der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL). Letzterer stellte im Juni 2020 stellvertretend einen Antrag auf finanzielle Unterstützung beim Bund. Nun sicherte der Haushaltsausschuss

des Bundestags 25 Millionen Euro bis 2025 zu. Weitere 25 Millionen Euro kommen vom Land NRW. Ungeklärt ist jedoch, wer die jährlichen Betriebskosten von 5 Millionen Euro trägt.

In Zukunft werde Wert auf eine moderne und digitale Gestaltung der Inhalte gelegt, erklärt LWL-Kulturdezernentin Barbara Rüschoff-Parzinger. Dazu zählt auch der geplante Neubau am Eingang des Geländes. 200.000 Besucher*innen werden erwartet. Das liege im Rahmen anderer LWL-Stätten. Der Förderverein wolle eine Expertise zur Verfügung stellen. ›Es mache ja keinen Sinn, nochmal von vorne anzufangen‹, sagt Oliver Nickel.

Die Kulturdezernentin betont, der Verein gehöre zur DNA der Gedenkstätte. Doch müsse zwischen Mitwirkung und finanzieller Trägerschaft unterschieden werden. Auch Nickel ist froh, dass endlich Geld in die Hand genommen wird. Dennoch sei noch nicht zu Ende diskutiert, wie die Mitgestaltung letztlich aussehe. Man werde sich weiter positionieren. Denn eines ist Nickel besonders wichtig: Immer mehr Angehörige von ehemaligen Kriegsgefangenen kommen in die Senne. Lange fanden sie dort keine Lobby für ihr Anliegen. Hier wirkten die Narrative des Kalten Kriegs weiter fort. Ihre Suche nach Aufklärung und Aufarbeitung, ›das muss auf jeden Fall immer gewährleistet bleiben.‹

Opfer der Demokratie

Kritische Äußerungen gegenüber der AfD gehören nicht zur Meinungsfreiheit. Oder doch? Erfahrungen einer Initiative im Kommunalwahlkampf. Von Peter Sperling

Bei den Kommunalwahlen in Bielefeld konnte die ›Alternative für Deutschland‹ (AfD) nicht einmal 3,5 Prozent erzielen. Ein aus ihrer Sicht dürftiges Ergebnis. Als Schuldige nannte der Kreisvorsitzende in einem Atemzug die ›linksextreme Bedrohungslage in Verbindung mit den Corona-Bestimmungen‹. Plakate würden traditionell abgerissen, Veranstaltungen könnten nicht stattfinden. Wieder einmal stellt sich die extrem rechte Partei als Opfer einer sogenannten ›Meinungsdiktatur‹ von Gegner aus Bevölkerung und Regierung dar.

Wie es allerdings einer Initiative erging, die im Wahlkampf ihre Kritik an der AfD zum Ausdruck brachte, zeigt das Gegenteil. ›Aktion für Demokratie und Respekt‹, kurz ADUR, nennt sich eine Gruppe, die der AfD mit Argumenten entgegentrat. In reichlichem Abstand, aber in Sichtweite der AfD-

Stände, verteilten sie Flugblätter, die das rassistische Programm der Partei kritisierten und die extrem rechte Orientierung etlicher Kandidaten aufzeigten. Dabei war live zu erleben, wie die AfD zur Meinungsfreiheit steht. Kritik an der Partei scheint nicht dazuzugehören.

Argumente als Straftat

Ende September hatten gleich mehrere Parteien am Rande des kleinen Marktplatzes in Sennestadt ihre Stände aufgebaut. Auch hinter einem AfD-Tisch standen ParteianhängerInnen, darunter die beiden jetzigen Ratsmitglieder. Sobald sie bemerkten, das kritische Flyer verteilt wurden, alarmierten sie die Polizei. Mindestens eine Straftat müsse es wohl sein, sich ›Deutschen Patrioten‹ mit Argumenten in den Weg zu stellen. Statt den Afdlern eine demokratische Nachhilfestunde

zu geben, untersagte die Polizei die Verteilaktion, bis der Sachverhalt rechtlich geprüft sei. Für den Blick ins Grundgesetz brauchte man im Präsidium eine gute halbe Stunde. Währenddessen wurden die Aktivisten von drei Beamten bewacht. Immerhin ging es danach weiter und die Gesichter der Afdler wurden immer länger.

Beamte helfen

Zwei Wochen später, am Rande des Heeper Marktplatzes, hatte die Partei bereits vorab Beamte zu Hilfe gerufen. Aktivisten der ADUR bekamen eine längere Gefährdungsprache zu hören, wie sie sonst wohl gegenüber Hooligans oder anderen potenziellen Gewalttätern praktiziert wird. Allerdings war die rechtliche Prüfung der Aktion in Sennestadt protokolliert und abrufbar. Das musste

auch die AfD schlucken. Doch sie unternahm einen weiteren Versuch und alarmierte ein drei Mann starkes Team des Ordnungsamtes. Wenn AfD-Kritik schon keine Straftat war, sollte sie doch wenigstens genehmigungspflichtig sein. Die Mitarbeiter der städtischen Behörde waren sich nicht zu schade dem AfD-Wunsch zu entsprechen und verlangten von den Flugblattverteilern die Vorlage einer schriftlichen Genehmigung. Dafür gab es keinerlei rechtliche Grundlage. Hier konnte nun sogar die Polizei helfen und die Kollegen vom Ordnungsamt aufklären.

Nachtrag: Schon Mitte Mai zerstörten zwei AfD-Funktionäre Wahlplakate der Partei ›Die Linke‹. Im Oktober wurde das Ermittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Bei der Polizei waren die Beweisfotos verlorengegangen. Einer der Täter ist nun Mitglied einer Bezirksvertretung.

24 Stunden erreichbar
Telefon: 0521 - 553 0521

AMBULANTER
PFLEGEDIENST **via**

Gerhart-
Hauptmann-
Straße 21
33613 Bielefeld

www.pflegedienst-via.de

Stimmen
Reparatur
Begutachtung

Erwin Klumpf
Klavierbaumeister

Telefon 0521.178126
www.erwin-klumpf.de

leicht,
flexibel, unabhängig

cambio
CarSharing

CarSharing

Tel. 0521-633 33 | www.cambio-CarSharing.de